

Abrechnung der Kanalbeiträge kippen?

Wählergruppe Johannesberg Aktiv (JA) verteilt Postkarten und lässt im Internet abstimmen

Johannesberg. Post von der Wählergruppe Johannesberg Aktiv und Bürgernah (JA) bekommen derzeit alle Johannesberger Haushalte. Sie werden nach ihrer Meinung zum Modus der anstehenden Abrechnung der Kosten für neue und verbesserte Abwasseranlagen gefragt. Ihr Votum können die Bürger auch per Mausklick auf der Internetseite der JA abgeben.

300 Ja-Antworten benötigt Sind bis zum 27. Juni mindestens 300 Ja-Antworten eingegangen, will die Wählergruppe um Heinz Kreß und Werner Schnaitmann in der Gemeinderatssitzung am 7. Juli einen Bürgerentscheid beantragen zur Frage: »Sind Sie dafür, dass die umlagefähigen Kosten zur Verbesserung und Erneuerung der Entwässerungsanlagen der Gemeinde Johannesberg nicht, wie vorgesehen, zu 100 Prozent, sondern zu 70 Prozent in den nächsten sieben Jahren (erstes Jahr beitragsfrei) über Beiträge und zu 30 Prozent über zukünftige Abwassergebühren abgerechnet werden?«.

Im Fall, dass der Gemeinderat trotz der - von der JA erhofften - mindestens 300 Unterschriften einen Bürgerentscheid ablehnt, wolle seine Wählergruppierung die nötigen 320 Unterschriften für ein Bürgerbegehren sammeln, kündigte Schnaitmann an. Dieses könnte gemeinsam mit der Bundestagswahl am 27. September stattfinden, »um Kosten zu sparen«.

Bereits am heutigen Dienstagabend soll der Gemeinderat eine neue Beitragssatzung verabschieden (siehe nebenstehende Ankündigung). Dass das Geld zu 100 Prozent über die Beiträge der Hausbesitzer hereingeholt werden soll - berechnet nach Grundstücks- und Geschossfläche - und nicht über Kanalgebühren, die sich am tatsächlichen Wasserverbrauch orientieren, hat die Mehrheit schon im Februar beschlossen (wir berichteten). Die damals überstimmte JA möchte diesen Modus aber weiterhin kippen, sobald sie genügend Bürger hinter sich weiß.

In Haushaltsdebatte abgelehntIn der Sitzung des Gemeinderats am 5.Mai nutzte die JA-Fraktion die Verabschiedung des Etats 2009 als Forum, um ihr Ziel weiter zu verfolgen. Sie beantragte, vor der Verabschiedung des Haushalts erst die Bürger zum Abrechnungsthema zu befragen, unterlag in der Abstimmung aber der Mehrheit. Bürgermeister Peter Zenglein (CSU) versuchte daraufhin in der Bürgerversammlung am 12. Mai klarzustellen, dass es damals klar um die Verabschiedung des Haushalts gegangen sei. Er und seine Fraktion hätten nichts dagegen einzuwenden, die Bürger nach ihrer Meinung zu befragen.

»Wir müssen aufpassen, dass wir die Bürger nicht spalten«, sagte Zenglein jetzt auf Anfrage unserer Zeitung. Er setze auf Information und Kooperation, nicht auf Konfrontation. Das Thema Kanalbeiträge sei sehr komplex, er nehme sich gern die Zeit zu Informationsgesprächen. »Die Gemeinde, das sind doch die Bürger.« Würden sie in Sachen Abwasser entlastet, fehle das Geld für andere Vorhaben, etwa den lange gewünschten Jugendpfleger.

Die Angst des Bürgermeisters, der stellvertretenden Bürgermeisterin Bonita Hoffmann (Unabhängige) sowie der CSU- und Freie-Wähler-Fraktion vor einem wachsenden Schuldenberg Johannesbergs teilen die JA und der SPD-Gemeinderat Burkard Wombacher indes nicht. Auf ihrer Website macht JA eine andere Rechnung auf und verweist auf Gemeinden wie Alzenau, Goldbach und Großostheim, die ihre umlagefähigen Kosten für Abwassereinrichtungen vollständig über die Gebühren abrechnen.

Belastung über Jahre verteilen Es sei »sozialverträglicher«, die Belastung auf mehrere Jahre zu verteilen, wird argumentiert. Es sei auch nicht einzusehen, dass die einzelnen Bürger Gewerbebetriebe und Großverbraucher als größte Abwasserverursacher »subventionieren«. Mit höheren Gebühren steige zudem die Motivation, Wasser zu sparen und die Umwelt zu entlasten.

Zu bedenken gibt die JA auf ihrer Website auch ihre Vermutung, »dass durch die zu erwartende Inflation in den nächsten Jahren die reale Belastung für den einzelnen niedriger« werde und dass »aufgrund der Möglichkeiten der Kreditaufnahme durch die Gemeinde und der aktuellen wirtschaftlichen Lage« eine Mehrbelastung des Gemeindehaushalts vertretbar erscheine.

 [Artikel drucken](#)

Fenster schließen